

Bund plant finanzielle Unterstützung bei Abschiebungen nach Afghanistan

Regierung plant finanzielle Unterstützung für Abschiebungen krimineller Afghanen, Gespräche zwischen Bund und Ländern.



Die Pläne der Bundesregierung zur Abschiebung afghanischer Staatsbürger nehmen immer konkretere Formen an. Gespräche zwischen Bund und Ländern über finanzielle Unterstützungen dieser Ausreisen sind im Gange. Diese Unterstützungen könnten auch an Straftäter und sogenannte Gefährder gezahlt werden, um die Rückkehr in ihr Heimatland zu erleichtern. Diese Diskussionen füllen eine bereits umstrittene Debatte weiter an.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums (BMI) unter der Leitung von Nancy Faeser (SPD) bestätigte gegenüber BILD, dass diese Gespräche stattfinden. Auf die gezielte Frage, ob kriminelle afghanische Staatsbürger vor ihrer Abschiebung Geld erhalten sollen, erklärte der Sprecher:

Rechtliche Rahmenbedingungen und operative Maßnahmen

„Das BMI prüft fortlaufend, wie die operativen und auch rechtlichen Voraussetzungen für Abschiebungen nach Afghanistan geschaffen werden können, um die für Abschiebungen zuständigen Länder zu unterstützen. Zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen kann auch die Auszahlung einer ‚finanziellen Reiseunterstützung‘ dienen.“ Mit diesen Worten des Sprechers des BMI wird die aktuelle Diskussion deutlich.

Die Entscheidung, ob und in welcher Höhe solche Leistungen ausgezahlt werden sollen, liegt jedoch im Ermessen der Bundesländer, denn sie sind verantwortlich für die Durchführung von Abschiebungen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen variiert also je nach Bundesland, was wiederum zu einer inkonsistenten Handhabung innerhalb Deutschlands führen könnte.

Anstieg der Asylanträge und rechtliche Herausforderungen

Seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 wurden faktisch keine Abschiebungen mehr nach Afghanistan durchgeführt. Diese Phase der Inaktivität will die aktuelle Bundesregierung beenden. Kanzler Olaf Scholz und Innenministerin Faeser haben das Ziel, Rückführungen nach Afghanistan wieder zu ermöglichen. Dies ist eine Reaktion auf den drastischen Anstieg der Asylanträge: Im Jahr 2023 stellten 51.275 Afghanen einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland, was einem Anstieg von 41 Prozent im Vergleich zu 2022 entspricht. Afghanen machten insgesamt 15 Prozent aller Asyl-Erstanträge aus.

Die Auszahlung finanzieller Unterstützungen könnte diese Abschiebungen auch juristisch vereinfachen. Viele afghanische Staatsbürger brachten in der Vergangenheit vor deutschen

Gerichten vor, dass ihnen im Falle einer Rückkehr extreme Armut drohe. Diese finanzielle Unterstützung könnte es ihnen ermöglichen, in den ersten Wochen nach ihrer Rückkehr für Nahrung und Unterkunft zu sorgen.

Während bereits bestehende Programme freiwilligen Rückkehrern finanzielle Hilfen gewähren, sollen die neuen Maßnahmen darüber hinausgehen. Bisher erhalten freiwillige Rückkehrer je nach Personenanzahl Summen zwischen einigen hundert und mehreren tausend Euro. Diese Zahlen erscheinen hoch, sind jedoch im Vergleich zu den langfristigen Kosten eines Verbleibs in Deutschland häufig niedriger.

Gemeinsame Bemühungen von Bund und Ländern

Dieser Ansatz wird jedoch nicht ohne Widerstand umgesetzt. Kritiker argumentieren, dass finanzielle Anreize für kriminelle und gefährdende Personen eine falsche Botschaft senden könnten. Befürworter hingegen weisen darauf hin, dass solche Maßnahmen notwendig seien, um die Rückführungen überhaupt zu ermöglichen und gleichzeitig das Asylsystem zu entlasten.

Abschiebungen nach Afghanistan sind seit der Machtübernahme der Taliban ausgesetzt, doch die neue Bundesregierung macht Fortschritte, diese Praxis wieder aufzunehmen. Dabei sollen auch finanzielle Hilfen eingesetzt werden, um die Abschiebungen juristisch abzusichern. Das Ziel besteht darin, afghanischen Staatsbürgern den Anfang nach ihrer Rückkehr zu erleichtern und ihnen zu ermöglichen, eine Basisversorgung sicherzustellen.

Aktuell bleibt die genaue Umsetzung dieser neuen Maßnahmen unklar, und viele Fragen werden noch geprüft. Es bleibt abzuwarten, wie die Bundesländer mit ihrer neuen Verantwortlichkeit umgehen werden und in welchem Umfang finanzielle Unterstützungen tatsächlich gewährt werden.

Geschichtliche Parallelen

Der Umgang mit Abschiebungen nach Afghanistan erinnert an frühere Maßnahmen Deutschlands zur Rückführung von Staatsangehörigen in volkswirtschaftlich und politisch instabile Länder. Beispielsweise gab es während der 1990er Jahre zahlreiche Abschiebungen in kriegsgebeutelte Regionen wie den Balkan. Auch damals sorgten diese Maßnahmen für erhebliche Diskussionen über die Sicherheit und die humanitären Aspekte der Rückkehrer.

Im Vergleich zu den Abschiebungen nach Afghanistan stoßen diese jedoch auf intensivere Kritik, bedingt durch die aktuelle Sicherheitslage und die Machtübernahme der Taliban. Während in den 90er Jahren einige Stabilisierung in den betroffenen Regionen absehbar war, sieht die Lage in Afghanistan dauerhaft prekär aus.

Hintergrundinformationen

Seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 hat sich die Situation in Afghanistan dramatisch verschlechtert. Laut der **Vereinten Nationen** gibt es weitreichende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen Frauen und ethnische Minderheiten. Das Land steht vor massiven wirtschaftlichen und humanitären Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, und viele Menschen haben keinen Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen.

Die Sicherheitslage bleibt angespannt, mit Berichten über Gewalt durch verschiedene politische und terroristische Gruppen. In diesem Kontext stehen die Pläne der Bundesregierung unter intensiver Beobachtung und führen zu einer Diskussion über den adäquaten Umgang mit gefährdeten Personengruppen und den ethischen Verpflichtungen Deutschlands.

Statistiken und Daten

Auf Basis der Informationen des **Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** stellten im Jahr 2023 insgesamt 244.132 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Die Anzahl der Anträge von afghanischen Staatsbürgern stieg im Vergleich zu 2022 um 41 Prozent auf 51.275 Erstanträge. Das entspricht etwa 15 Prozent aller Asyl-Erstanträge. Die hohe Anzahl verdeutlicht die Fluchtursachen und die prekäre Situation der Menschen in Afghanistan.

Laut dem **Statistischen Bundesamt** werden zurzeit etwa 25 Prozent der Asylanträge von Afghanen in Deutschland positiv beschieden, was bedeutet, dass diesen Personen ein Schutzstatus gewährt wird. Diese Zahlen zeigen die Herausforderungen, denen sich die deutschen Behörden in ihrer Asylpolitik zunehmend stellen müssen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)